

Niederschrift

(StR/012/2010)

über die 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Erlangen am Donnerstag, dem 09.12.2010, 16:00 – 21:35 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtrat genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Sitzungspause von 20:40 bis 20:50 Uhr

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage –

Öffentliche Tagesordnung - 16:35 Uhr

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 10. | Vorstellung der Mitglieder des neugewählten Jugendparlamentes der Stadt Erlangen | 13/018/2010 |
| | Tischauflage | Kenntnisnahme |
| 11. | Verabschiedung der Kinderbeauftragten Barbara Zeltner und Herbert Sauer | |
| 12. | Jahresschlussrede des Oberbürgermeisters mit Gedenken an die im Jahr 2010 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen | |
| 13. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 13.1. | Anhebung der Strom-Grundversorgungspreise zum 1. Januar 2011 | III/015/2010 |
| | | Kenntnisnahme |
| 13.2. | Wirtschafts- und Investitionsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR | II/070/2010 |
| | | Kenntnisnahme |
| 13.3. | Termine Bürgerversammlungen 2011 | 13-1/001/2010 |
| | geänderte Vorlage | Kenntnisnahme |
| 13.4. | Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung | 13-2/073/2010 |
| | | Kenntnisnahme |
| 13.5. | Veranstaltungen im Dezember 2010, Januar, Februar und März 2011 | V/010/2010 |
| | | Kenntnisnahme |
| 13.6. | 10-Punkte-Programm für ein Haushaltskonsolidierungskonzept | 112/022/2010 |
| | | Kenntnisnahme |

- | | | |
|-------|---|--------------------------------|
| 13.7. | Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21 zum Sparpaket der Bundesregierung | 13/017/2010
Kenntnisnahme |
| 13.8. | Gewerbesteuereinnahmen der Kreisfreien Städte in Bayern im 1. - 3. Vierteljahr 2009/2010 | 13-2/075/2010
Kenntnisnahme |
| 14. | Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung | |
| 15. | Städtebauliches Einzelhandelskonzept (SEHK): Einbringung Vortrag (ca. 20 Min) durch Herrn Dr. Stefan Leuninger, GMA mbH, München
Gegen 18:00 Uhr | |
| 16. | Fortführung des Agenda 21 - Schwerpunktthemas sozialERlangen | 13/016/2010
Beschluss |
| 17. | sozialERlangen 2011 - Einrichtung eines Interkulturellen Gartens
Der TOP wird abgesetzt. | 13/015/2010
Beschluss |
| 18. | Umsetzung des Entwicklungsplans "Öffentlich-kulturelle Gebäude in der historischen Innenstadt" Neustrukturierung/Generalsanierung des Kultur-, Bildungs- und Kreativzentrums Frankenhof im Quartier B
geänderte Vorlage | IV/013/2010/1
Beschluss |
| 19. | Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierungsliste für das Jahr 2011 | 512/024/2010
Beschluss |
| 20. | Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses | 51/011/2010
Beschluss |
| 21. | Fraktionsantrag Erlanger Linke "Donnerstag ist Veggietag" (Nr. 106/2010) Antrag der Erlanger Linken vom 25.10.2010 | 39/005/2010
Beschluss |
| 22. | Nachprüfungsantrag gemäß § 11 der Geschäftsordnung:
Überprüfungsantrag Nr. 127/2010 der SPD-Fraktion zu TOP 19 UVPA 16.11.2010 "Städtebaulicher Entwurf BP Nr. T 244 a (3. Deckblatt) - Vogelherd Süd-West -, Seniorenwohnen"
Tischauflage | 611/058/2010/1
Beschluss |
| 23. | Anfragen | |
| 24. | Ehrung der langjährigen Mitglieder des Stadtrates: Herr Robert Thaler für 15jährige Mitgliedschaft Frau Jutta Helm und Frau Gisela Niclas für 20jährige Mitgliedschaft | |
| 25. | Schlusswort für den Gesamtstadtrat durch Frau Stadträtin Lender-Cassens, Fraktionsvorsitzende Grüne Liste | |

Die Sitzung wird anschließend nicht öffentlich fortgesetzt.

TOP 10**13/018/2010****Vorstellung der Mitglieder des neugewählten Jugendparlamentes der Stadt Erlangen****Sachbericht:**

Insgesamt 6.538 Erlanger Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren waren vom 8. bis 12. November aufgerufen, ihr Jugendparlament (JuPa) neu zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 33,2 Prozent (2008: 39,6 Prozent/2006: 8,3 Prozent). Insgesamt nahmen 2.168 Wahlberechtigte am Urnengang teil, 48 Stimmzettel waren ungültig.

Die öffentliche Auszählung nahm das Bürgermeister- und Presseamt samt Jupa-Geschäftsführer (zeitweise) vom 15. bis 17. November vor.

Folgende Kandidatinnen und Kandidaten haben die Wahl angenommen und ziehen in das JuPa ein:

Jun Park	Ohm-Gymnasium	1.755
Sebastian Kaufhold	Albert-Schweitzer-Gymnasium	1.334
Alexandra Lorz	Marie-Therese-Gymnasium	1.219
Nicole Lowicki	Realschule am Europakanal	1.069
Anna Morokhovska	Ohm-Gymnasium	1.019
Alexander Ehlert	Realschule am Europakanal	957
Serhat Uzun	Wirtschaftsschule	925
Aladin Bouzid	Ohm-Gymnasium	911
Tommy Nguyen	Werner-von-Siemens-Realschule	906
Christina Fischer	Christian-Ernst-Gymnasium	883
Vinzent Schwartze	Ernst-Penzoldt-Schule	763
Rebecca Baier	Realschule am Europakanal	756
Sahar Rahmani	Werner-von-Siemens-Realschule	741
Djenifa Rizvani	Eichendorffschule	712
Laura Paxton	Wirtschaftsschule	661

Im neuen Parlament sind mit Jun Park, Sebastian Kaufhold und Nicole Lowicki drei Jugendliche vertreten, die bereits dem bisherigen Gremium angehören. In der Sitzung des Stadtrates am 9. Dezember 2010 wird sich das neue Jugendparlament kurz vorstellen (ca. 16.30 Uhr).

Das Jugendparlament erhält weiter die erforderliche Unterstützung, Beratung und Führung durch einen städtischen Mitarbeiter. Dieser wird diese Aufgabe mit dem Ziel wahrnehmen, Geschäftsführung und Betreuung im notwendigen Umfang zu garantieren. Die selbständige Organisation des Jugendparlamentes wird auch in Zukunft soweit wie möglich gefördert.

Am 10./11. Dezember 2010 findet für das Jugendparlament ein Gruppenfindungsseminar im Bildungshaus Obertrubach statt. Im Rahmen des Seminars wird die Vorstandschaft gewählt, zudem werden u.a. die Steigerung von Sozial-, Führungs- und Entscheidungskompetenz, Aktivierung der Gesprächsführung sowie die Bewältigung von Konflikten anhand spezieller Programme eingeübt und vertieft. Ziel der Fortbildung ist es unter anderem, die Festigung einer Teamstruktur zu erarbeiten, sich untereinander besser kennenzulernen, das zielgerichtete und effektive Agieren in einer Gruppe einzuüben und den Umgang mit Problemen zu erlernen. Im Januar 2011 werden die Eltern der Jugendparlamentsmitglieder über die Arbeit des Gremiums und die Begleitung durch die Verwaltung informiert.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11

Verabschiedung der Kinderbeauftragten Barbara Zeltner und Herbert Sauer

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Kinder sind die Zukunft des Staates und unserer Gesellschaft.

Die Berücksichtigung spezifischer Bedürfnisse und die Wahrnehmung eigener Rechte und Pflichten von Kindern ist auch für die Politik eine wichtige Aufgabe.

Wir Erwachsene müssen im Lebensalltag mit Toleranz und Verständnis sowie einem Beispiel dazu beitragen um in unserer Gesellschaft und der Umwelt ein kinderfreundliches Klima zu schaffen und zu bewahren und dabei Freiräume für kindliches Spiel und kindliche Verhaltensweisen einzuräumen.

Die Stadt Erlangen hat sich für die Wahlperiode 2002 bis 2008 in besonderem Maße die kinder- und familienfreundliche Stadt als freiwilliges Ziel gesetzt.

Auf diesem Wege wurde

2005 das Bündnis für Familien gegründet, das seither in besonderer Weise die lange Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund fördert, Familienpaten einsetzt und die Kinder und Jugendlichen in städtische Planungen und öffentliche Wünsche miteinbezieht und auch die Ferienbetreuung mit organisiert.

Dem Vorschlag eine Kindersprechstunde anzubieten ist der Oberbürgermeister seither regelmäßig gefolgt.

Auch wurde eine Kinderbürgerversammlung durchgeführt und eine ehrenamtliche Kinderbeauftragte benannt.

Von 2005 bis 2007 war es Frau Dr. Myriam Menter, die im engen Kontakt zum Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger regelmäßig Vorschläge und Anregungen aus ihren Gesprächen mit Kindern an die Gremien herangetragen hat und auch ein vielbeachtetes Kinderfest im und rund um das Rathaus mit organisierte. Ihr umfangreicher und grundsätzlich positiver Erfahrungsbericht wurde den Stadtratsgremien präsentiert.

Zu ihrer Nachfolge hatten sich 2008 Frau Barbare Zeltner und Herr Herbert Sauer ehrenamtlich bereit erklärt. Auch Sie haben regelmäßig an Sitzungen teilgenommen und Vorschläge zur kinderfreundlichen Stadt eingebracht bzw. im JHA am 8.7.2010 berichtet.

Sehr geehrte Frau Zeltner,
sehr geehrter Herr Sauer,

wenn Sie auch nicht in allen Bereichen Ihre Vorschläge umsetzen konnten, so hatten Sie doch konstruktive Kontakte mit dem Spielplatzbüro, bei Rathausführungen und mit dem Jugendparlament.

Die von Ihnen dokumentierten Vorschläge werden künftig weiter sondiert werden und dann mit dem Jugendparlament und mit den Fachbereichen der städtischen Verantwortlichen diskutiert und in weiteren Beratungen eingebracht werden.

Dass die Stadt in der laufenden Wahlperiode 2008 – 2014 sich das Ziel Bildung vorrangig gewählt hat, ist ein Zeichen, dass wir vor allem auch die Bildung und Ausbildung unserer Kinder im Auge haben wollen und hierzu mit den Stadtratsgremien die weiteren Ziele konsequent umsetzen wollen.

Ihnen Frau Zeltner und Herr Sauer danke ich heute für Ihre Bereitschaft, ehrenamtlich für die Kinder und Jugendlichen mitzuwirken.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute und ermuntere Sie auch weiter im Rahmen Ihrer Möglichkeiten die Kinderfreundlichkeit mitzubegleiten.

Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

TOP 12

Jahresschlussrede des Oberbürgermeisters mit Gedenken an die im Jahr 2010 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

Siehe Anlage

TOP 13

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 13.1

III/015/2010

Anhebung der Strom-Grundversorgungspreise zum 1. Januar 2011

Sachbericht:

Erhöhung der Strom-Grundversorgungspreise zum 1. Januar 2011

Gemäß der Ausgleichsmechanismusverordnung (AusglMechV) vom 17. Juli 2009 sind seit dem 1. Januar 2010 die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Strom an Letztverbraucher liefern, von der Pflicht befreit, den von den Übertragungsnetzbetreibern aufgenommenen EEG-Strom abzunehmen. Stattdessen haben die vier Übertragungsnetzbetreiber Amprion, EnBW, Transpower und 50HERTZ (ehem. Vattenfall) künftig den gesamten EEG-Strom über die Börse an den Markt zu geben. Im Gegenzug dazu sind die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Strom an Letztverbraucher liefern, verpflichtet, für jede gelieferte Kilowattstunde Strom eine EEG-Umlage an die Übertragungsnetzbetreiber zu entrichten. Aus dieser bundesweit einheitlichen Umlage soll die Differenz aus den Einnahmen und Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber bei der EEG-Umsetzung gedeckt werden.

Jeweils bis zum 15. Oktober eines Kalenderjahres wird auf www.eeg-kwk.net die EEG-Umlage für das folgende Kalenderjahr veröffentlicht.

Durch den starken Ausbau von regenerativen Erzeugungsanlagen in Deutschland wird die EEG-Umlage für das Kalenderjahr 2011 nochmals deutlich ansteigen. Es erfolgt eine Erhöhung der EEG-Umlage von derzeit 2,047 ct je Kilowattstunde auf 3,53 ct je Kilowattstunde.

Unter Berücksichtigung dieser Mehrkosten aus der EEG-Umlage ergibt sich für die ESTW folgende Kostensituation:

Grundversorgung (ClassicER Tarife)
Abgabemenge rd. 100 Mio. kWh x 1,483 ct = 1,5 Mio. €

Die Mehrkosten aus der EEG-Umlage im Bereich der Grundversorgung in Höhe von 1,5 Mio. € können von den ESTW nicht mehr durch eigene Kosteneinsparungen aufgefangen werden. Es ist deshalb notwendig, diese Mehrkosten aus der EEG-Umlage in voller Höhe durch eine Erhöhung der Strompreise an die Kunden weiterzugeben.

Zum 1. Januar 2011 ist deshalb eine Erhöhung der Strompreise um 1,483 ct Kilowattstunde netto erforderlich. Für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3.500 kWh beträgt die jährliche Mehrbelastung durch die EEG-Umlage ca. 62 € brutto.

Die Preise für unsere Kunden im Grundversorgungstarif werden mit einem zeitlichen Vorlauf von 6 Wochen (Veröffentlichungspflicht nach Grundversorgungsverordnung) angepasst. Aus diesem Grund werden die neuen Preise der Grundversorgungstarife spätestens am 19. November 2010 öffentlich bekannt gemacht.

Die Sondertarife ERconomy werden ebenfalls zum 1. Januar 2011 um die Mehrkosten aus der EEG-Umlage erhöht.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis. Der Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke AG hat in seiner Sitzung am 5. Oktober 2010 der vorgeschlagenen Anhebung der Arbeitspreise der Strom-Grundversorgungstarife (ClassicER) mit Wirkung ab 1. Januar 2011 um die Höhe der Mehrbelastung aus der EEG-Umlage zugestimmt. Somit erhöhen sich die Strompreise ab 1. Januar 2011 um 1,483 ct/kWh (1,76 ct/kWh brutto).

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13.2

II/070/2010

Wirtschafts- und Investitionsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR

Sachbericht:

1. Die Stadt nimmt vom vorläufigen Wirtschaftsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR mit einem Ergebnis/Defizit von – 116.460 Euro Kenntnis.
2. Der Investitionsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR mit 109.500 Euro wird zur Kenntnis genommen.

Gesamt-Investitionskosten für 2011 (Vorjahr 2010: 97.350 Euro)	109.550 Euro
Erwartetes Defizit für 2011: (Vorjahr 2010: + 4.892 Euro)	- 116.460 Euro
Verlustausgleich/Betriebszuschuss für 2011: (Vorjahr 2010: 0)	0 Euro

Für gewöhnlich wird der Wirtschafts- und Investitionsplan im HFPA aufgelegt; da der nächste reguläre HFPA erst im März 2011 stattfindet, erfolgt die Kenntnisnahme ausnahmsweise im Gesamtstadtrat.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13.3	13-1/001/2010
Termine Bürgerversammlungen 2011	

Sachbericht:

Datum	Versammlungsbereich	Ort
02.02.2011	Burgberg	Wohnstift Rathsberg
03.03.2011	Hüttendorf	Landgasthof Popp
29.03.2011	Büchenbach	Mönauschule
11.10.2011	Sieglitzhof/Buckenhofer Siedlung	Städt. Wirtschaftsschule
20.10.2011	Röthelheimpark	Städt. Wirtschaftsschule
29.11.2011	Gesamtstadt	Ratssaal geändert

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13.4

13-2/073/2010

Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung

Sachbericht:

Seit der letzten Sitzung des Erlanger Stadtrates wurden die in der Anlage aufgeführten Stadtrats- und Fraktionsanträge gestellt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13.5

V/010/2010

Veranstaltungen im Dezember 2010, Januar, Februar und März 2011

Sachbericht:

Stand: 29. November 2010

Vorschau Dezember 2010

Mi.,	15.12.	12.30 Uhr	Fototermin Lewin-Poeschke-Anlage an der Ebrardstraße
Do.,	16.12.	17:45 Uhr	Besuch des Nürnberger Christkinds auf dem Erlanger Weihnachtsmarkt
Fr.,	31.12.	09:00 Uhr	Silvesterbesuche bei Polizei, BRK, Feuerwehr und ASB

Vorschau Januar 2011

Fr.,	14.01.	17:00 Uhr	Neujahrsempfang Ortsbeirat Tennenlohe, Arvena Business Hotel
Sa.,	22.01.	20:00 Uhr	Winterball der Universität Erlangen-Nürnberg, Meistersingerhalle
So.,	23.01.	11:00 Uhr	Neujahrsempfang Ortsbeirat Dechsendorf, Freizeithaus Dechsendorf
Do.,	27.01.	19:30 Uhr	Holocaustgedenktag, Bürgerpalais Stutterheim

Vorschau Februar 2011

Mi.,	02.02.	20:00 Uhr	Bürgerversammlung Burgberg, Wohnstift Rathsberg
------	--------	-----------	---

Vorschau März 2011

Do.,	03.03.	20:00 Uhr	Bürgerversammlung Hüttendorf, Landgasthof Popp
Mi.,	16.03.	20:00 Uhr	Woche der Brüderlichkeit, voraussichtlich zentrale Veranstaltung Stadt Erlangen
Fr.,	18.03.	11:00 Uhr	Jahresempfang Seniorenbeirat, Foyer (1. OG) Rathaus
Di.,	29.03.	20:00 Uhr	Bürgerversammlung Büchenbach, Mönaschule

Städtepartnerschaften

Ajman

18.12.2010 – 22.12.2010	Ajman	Delegationsreise nach Ajman
----------------------------	-------	-----------------------------

Besiktas

16.02.2011 – 19.02.2011	Erlangen	Teilnahme des AGENDA 21-Projekts "Arnavutköy-Erdbeere" aus Besiktas an der Bio-Fach in Nürnberg. Geplant ist ein Besuch in Erlangen und ggf. ein Treffen mit AGENDA 21-Vertretern.
----------------------------	----------	--

Cumiana / Umhausen

24.02.2011 – 15.04.2011	Erlangen	Foto-Ausstellung von Fotokünstlern aus Cumiana und Erlangen (Volkshochschule Erlangen)
31.03.2011 – 04.04.2011	Cumiana	Delegationsbesuch (+Ohm-Schülergruppe) nach Cumiana zum Gedenktag mit Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

Eskilstuna

27.01.2011	Erlangen	Freundeskreis Eskilstuna (Club Internationl, 19:00 Uhr)
------------	----------	---

Rennes

22.01.2011	Erlangen	Deutsch-französischer Tag
------------	----------	---------------------------

San Carlos

04.03.2011 – 19.03.2011	San Carlos	Fachreise nach San Carlos mit Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß
----------------------------	------------	---

Wladimir

07.12.2010 – 11.12.2010	Erlangen	Mitglied von Amnesty International Erlangen zu Konferenz in Erlangen
07.12.2010 – 13.12.2010	Erlangen	Zwei Religionswissenschaftler aus Wladimir zu Fachaustausch an FAU
12.12.2010 – 23.12.2010	Nürnberg	Folklore-Ensemble RUS aus Wladimir auf Tournee mit Auftritt in Nürnberg
14.12.2010 – 21.12.2010	Wladimir	Solosängerin aus Erlangen zu Konzerten in Wladimir

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13.6

112/022/2010

10-Punkte-Programm für ein Haushaltskonsolidierungskonzept

Sachbericht:

10-Punkte-Programm für ein Haushaltskonsolidierungskonzept 2010 – 2014:

1. Nullstellenplan mit Ausnahme der Kindertageseinrichtungen
(beschlossen in der Stadtratssitzung am 24.06.2010)

2. Beauftragung eines externen Beraters zur Ermittlung der Möglichkeiten für
Standardabsenkungen bei Pflichtaufgaben
(beschlossen in der Stadtratssitzung am 24.06.2010)

3. Umsetzung der zahlreichen noch offenen Vorschläge aus dem KGSt-Gutachten zu den freiwilligen Leistungen und Prüfung der noch möglichen Einsparungen bei freiwilligen Leistungen aus den Ämtervorschlägen
4. Nochmalige Analyse des Gutachtens des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands im Hinblick auf weitere Stellenstreichungen (behandelt in der Stadtratssitzung am 25.11.2010)
5. Nochmalige Kürzungen in den Sach- und Personalbudgets für 2011 (Gespräche des Finanzreferats mit den Ämtern im Juli 2010)
6. Die bisherige Budget-Überschussregelung wird von 70:30 auf 80:20 geändert, d.h. nur 20 % der Überschüsse verbleiben bei den Ämtern. Budgetdefizite werden übertragen und nicht mehr vom allg. Haushalt ausgeglichen (beschlossen in der Stadtratssitzung am 30.09.2010)
7. Prüfung der Konsolidierungsbeiträge der städtischen Töchter
8. Prüfung des kompletten Wegfalls von Aufgaben
9. Überarbeitung der mittelfristigen Finanzplanung und Verlagerung der noch nicht begonnenen Investitionen in Folgejahre (Vorlage bei Einbringung des Haushalts 2011)
10. Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung zum 10-Punkte-Programm vom Juli 2010 dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13.7

13/017/2010

Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21 zum Sparpaket der Bundesregierung

Sachbericht:

**Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21
zum sogenannten
Sparpaket der Bundesregierung**

in 41. Sitzung am 15.11.2010 einstimmig beschlossen

Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 protestiert entschieden gegen das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung.

Dieses einschneidendste soziale Kürzungsprogramm der Nachkriegsgeschichte verstößt in eklatanter Weise gegen das Ziel einer gerechten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für alle. Neben der ökologischen Nachhaltigkeit und der internationalen Verantwortung gehört die gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle zu den Kernelementen des von der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 initiierten Agenda 21-Prozesses, dem die Erlanger Agenda 21 verpflichtet ist.

Mit diesem Kürzungspaket werden die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise auch in Erlangen einseitig der breiten Masse der Bürgerschaft aufgebürdet, während die Verursacher und Nutznießer der Krise sowie die Vermögenden weitgehend ungeschoren davonkommen sollen. Am meisten davon betroffen sind Arbeitslose, Alleinerziehende und Familien. Zudem werden die Kommunen, also auch die Stadt Erlangen in doppelter Weise massiv belastet: Nachdem schon durch die unmittelbaren Krisenfolgen die Einnahmen eingebrochen und die Ausgaben, vor allem im Sozialbereich, gravierend angestiegen sind, soll jetzt durch das Kürzungsprogramm der Finanzspielraum der Kommunen zusätzlich erheblich weiter eingeschränkt werden.

Dadurch werden nicht nur dringend notwendige soziale Unterstützungsmaßnahmen für von der Krise betroffene Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erschwert oder unmöglich, sondern auch dringend notwendige, längst überfällige Investitionen in die soziale, ökologische und ökonomische Infrastruktur – zum Schaden vor allem der kommenden Generationen – verhindert. Die Bürgermeisterin und Sozialreferentin, der Leiter des Sozialamtes, die stellvertretende Leiterin des Jugendamtes der Stadt Erlangen sowie der Geschäftsführer der GGfA haben auf die für Erlangen zu erwartenden drastischen Folgen des Kürzungsprogramms für die Bürgerinnen und Bürger sowie den städtischen Haushalt bereits öffentlich hingewiesen.

Darüber hinaus schwächt das Kürzungsprogramm die gerade im aufkeimenden Wirtschaftsaufschwung so notwendige Steigerung der Binnennachfrage.

Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 fordert den Stadtrat auf, über alle Parteigrenzen hinweg in Kooperation mit der Europäischen Metropolregion Nürnberg und über den Bayerischen und Deutschen Städtetag alles in seiner Möglichkeit stehende zur Verhinderung des Kürzungsprogramms zu unternehmen, um drohenden Schaden von der Bürgerschaft abzuwehren sowie entsprechende Aktivitäten und Aktionen von Organisationen aus der Bürgerschaft weitest möglich zu unterstützen.

Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt erhoben. Herr StR Dr. Janik stellt den Antrag, dass sich der Stadtrat der Resolution anschließen soll. In der anschließenden Abstimmung wird die Resolution mehrheitlich (mit 23 gegen 27 Stimmen) abgelehnt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Für die Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21 zum Sparpaket der Bundesregierung sprechen sich 23 Stadtratsmitglieder aus – 27 Stadtratsmitglieder lehnen sie ab.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13.8

13-2/075/2010

Gewerbesteuereinnahmen der Kreisfreien Städte in Bayern im 1. - 3. Vierteljahr 2009/2010

Sachbericht:

Siehe Anlage

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 14

Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Es werden folgende in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekanntgegeben:

1. Genehmigung von Spendenannahmen der Tintschl-Salleck-Stiftung

2. Beteiligung der Erlanger Stadtwerke an einer Windkraftanlage
3. Auflösung der Kommunalen Energie Allianz Bayern GmbH
4. Berufung von Mitgliedern in den Baukunstbeirat

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 15

Städtebauliches Einzelhandelskonzept (SEHK): Einbringung Vortrag (ca. 20 Min) durch Herrn Dr. Stefan Leuninger, GMA mbH, München

Siehe Anlage

TOP 16

13/016/2010

Fortführung des Agenda 21 - Schwerpunktthemas sozialERlangen

Sachbericht:

Am 31.07.2008 hat der Stadtrat einstimmig (mit 50 gegen 0) Stimmen das Konzept des Beirates zur Erlanger Agenda 21 als Grundlage für die Arbeit der lokalen Agenda 21 in den Jahren 2008 und 2009 beschlossen. Am 7. Juni 2010 hat der Beirat einstimmig beschlossen das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN*, auf der Grundlage der Ergebnisse des Sozialberichts 2009 der Stadt Erlangen in 2010 und 2011 fortzuführen.

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Sozialbericht für die Stadt Erlangen 2009 ist die Grundlage für die Arbeit im Rahmen des Schwerpunktthemas *SOZIALERLANGEN* und benennt explizit die Bezirke der Stadt Erlangen, in denen Handlungsbedarf besteht. Zur Verbesserung der im Sozialbericht aufgezeigten und statistisch abgesicherten Verhältnisse in diesen Bezirken ist eine deutlich wahrnehmbare Verstärkung der gemeinsamen Vor-Ort-Aktivitäten von Kommune, Kirchen, Wohlfahrts- und Sozialverbänden erforderlich.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die verstärkte Präsenz und der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sensibilisiert für die spezifischen Probleme des Bezirks und ermöglicht die Einleitung effektiver und damit kostensparender Maßnahmen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 beteiligt sich am Ratschlag für Erlanger Aktivitäten gegen Sozialabbau durch die Einbringung eigener bzw. die Unterstützung geplanter Aktivitäten der teilnehmenden Organisationen. Der Beirat wird durch öffentliche Veranstaltungen und kontinuierliche Diskussion in seinen Reihen das Schwerpunktthema behandeln. Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 empfiehlt dem Stadtrat und seinen Fraktionen, die Ergebnisse des Sozialberichts im Zusammenhang mit den Leitlinien zu beraten und im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2011 zu berücksichtigen. Die Stadtverwaltung wird gebeten, in allen relevanten Bereichen das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN* in ihre Arbeit mit einzubeziehen bzw. das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN* in relevanten Bereichen im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis stellt die Variante A zur Abstimmung. Diese wird einstimmig angenommen.

Ergebnis/Beschluss:

I. Variante A

Der Stadtrat folgt der Empfehlung des Beirates zur Erlanger Agenda 21 vom 20. September 2010 und befürwortet grundsätzlich die Fortführung des Agenda 21-Schwerpunktthemas *SOZIALERLANGEN* im Jahr 2011. Die Stadtverwaltung wird gebeten, in allen relevanten Bereichen das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN* in ihre Arbeit mit einzubeziehen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 46 gegen 0

TOP 17

13/015/2010

sozialERlangen 2011 - Einrichtung eines Interkulturellen Gartens

Sachbericht:

Am 31.07.2008 hat der Stadtrat einstimmig (mit 50 gegen 0) Stimmen das Konzept des Beirates zur Erlanger Agenda 21 unter besonderer Berücksichtigung der Handlungsfelder I und II als Grundlage für die Arbeit der lokalen Agenda 21 in den Jahren 2008 und 2009 beschlossen. Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 hat in Sitzung vom 20. September 2010 einstimmig beschlossen, das Schwerpunktthema in den Jahren 2010 und 2011 fortzuführen.

Aus der vom Beirat beauftragten Arbeitsgruppe Konzeptentwicklung sozialERlangen2009 ist unter Einbeziehung weiterer Institutionen und Interessengruppen die Arbeitsgruppe Interkultureller Garten hervorgegangen, die seit 27.09.2008 mit der organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der Einrichtung eines Interkulturellen Gartens in Erlangen befasst ist. **Internationale Gärten**, auch **Interkulturelle Gärten**, ist ein in Deutschland von dem Verein *Internationale Gärten e. V.* in Göttingen entwickeltes Konzept zur Völkerverständigung und Integration

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Gärtnern und Freizeitaktivitäten in Interkulturellen Gärten stellen den sozialen Kontakt zwischen Flüchtlinge, Migranten und Deutschen untereinander her und fördern dadurch die Verständigung zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, die Integration von Flüchtlingen, Migranten und Zuwanderern und die Erhaltung und Nutzung der Kulturpflanzenvielfalt.

Ziele der Interkulturellen Gärten sind unter anderem, dass sich eine von Deutschen besonders mit Kriegs- und politischen Flüchtlingen theoretisch bekundete Solidarität durch Kontakte mit diesen und auch anderen Migranten im Alltag festigt und Migranten und Flüchtlinge auch von sich Integrationsprozesse anstoßen, sich an solchen beteiligen und darin unterstützt werden.

Interkulturelle Gärten bestehen aus einzelnen Parzellen, auf denen Gemüse und Kräuter (darunter auch in Deutschland wenig bekannte Arten und Sorten aus den Herkunftsländern) umweltfreundlich und für den Eigenbedarf angebaut werden. Es gibt außerdem gemeinschaftlich genutzte Flächen für Kinderspiel, Veranstaltungen und Treffen.

Die Gärten sind oft auch Anknüpfungspunkt für darüber hinaus gehende Aktivitäten und Lernangebote für berufliche Integration etwa durch Besichtigungen und Praktika bei Betrieben aus dem Bereich Gartenbau und Umwelt, Förderung der beruflichen Orientierung im gärtnerischen und Umweltbereich, sowie soziale Integration durch Nachbarschaftshilfe und Familienbetreuung, Erlernen der deutschen Sprache, Aufsuchen und Kontakt zu Bildungseinrichtungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit.

Das Pilot-Projekt der Interkulturellen Gärten entstand 1996 auf Initiative von zugewanderten nichtdeutschen Familien in Göttingen. Der Verein „Internationale Gärten“ wurde 1998 gegründet. Begonnen hat es mit der Anlage von drei Gärten. Heute sind es fünf, in denen Familien aus fast 20 Ländern und unterschiedlichsten Religionen zusammen arbeiten.

Inzwischen sind nach dem Göttinger Vorbild weitere Gärten in Deutschland entstanden, so dass man fast von einer neuen sozialen Bewegung sprechen könnte. 109 interkulturelle Gartenprojekte in der gesamten Bundesrepublik existieren derzeit (Oktober 2010), weitere 63 befinden sich im Aufbau. Die *Stiftung Interkultur* in München, eine Gründung der gemeinnützigen Forschungsgesellschaft „anStiftung“ hat das „Netzwerk Interkulturelle Gärten“ aufgebaut. Sie koordiniert die Gartenprojekte bundesweit, berät in Fragen der Projektentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Mittelakquisition und gibt in Einzelfällen finanzielle Starthilfe. Die Stiftung Interkultur koordiniert auch ein Forschungsnetzwerk. Die Interkulturellen

Gärten wurden bereits vielfach ausgezeichnet, u.a. im Jahr 2002 mit dem Integrationspreis des Bundespräsidenten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Stadt Erlangen stellt für das Projekt Interkultureller Garten eine geeignete Fläche zur Verfügung. Hierfür soll ein symbolischer Pachtzins erhoben werden. Für das Gelände ist eine äußere Umfriedung, ein Wasser- bzw. Stromanschluss sowie ein Geräteschuppen mit einer Grundausstattung an Gartengeräten zur gemeinsamen Nutzung vorzusehen.

Mittels einer Anschubfinanzierung durch den Förderverein Erlanger Agenda 21 e.V. sowie möglichst mit Unterstützung von Sponsoren sollen die notwendigen Einrichtungsarbeiten unter Anleitung von EB77 von den Gartenbetreibern in eigener Verantwortlichkeit erfolgen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Im Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan 2003 (FNP 2003) der Stadt Erlangen sind 12 geplante Dauerkleingärten dargestellt. Für diese 12 Planungen hat Amt 61 eine Standortbewertung durchgeführt, die mit dem Amt für Umweltschutz und Energiefragen (31) abgestimmt ist. Das Liegenschaftsamt (23) hat hierzu eine eigene Bewertung abgegeben. Die Standortbewertung der Abteilung Stadtgrün (EB 773) steht noch aus. Zwischenzeitlich sind als neue Vorschläge für die Situierung eines „Interkulturellen Gartens“ die Standorte Michael-Vogel-Straße (Grundstück des ehem. Asylantenheims) und Pommernstraße in die Diskussion gebracht worden. Die Liste der nunmehr 14 Standortalternativen für das Vorhaben „Interkultureller Garten“, ist aus Sicht von Amt 61 nicht abschließend, sodass weitere Standortvorschläge in der Bearbeitungsphase durchaus möglich sind.

In Abstimmung mit 23, 31 und EB773 führt 61 eine Standortbewertung unter Beachtung der Belange der aufgeführten Dienststellen durch. Berücksichtigung finden hierbei auch weitere Parameter wie niederschwellige Erreichbarkeit, Demographie des Einzugsbereichs sowie bereits existierende Strukturen v.a. im Hinblick auf die Zielgruppen etc.

Zentrale Bedeutung wird der Minimierung von Gestellungs- und Folgekosten beigemessen. Hierbei wird die organisatorische und finanzielle Trägerschaft durch einen Verein angestrebt, dessen Vorstand während der Übergangsphase ein Vertreter der Verwaltung mit Veto-Recht angehören soll. Weitere Unterstützung des Projekts soll durch Einbindung in das Netzwerk interkulturelle Gärten erfolgen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt bzw. vertagt. Es erfolgt zunächst eine weitere Abstimmung mit den zuständigen Ämtern.

Abstimmung:

vertagt

TOP 18

IV/013/2010/1

Umsetzung des Entwicklungsplans "Öffentlich-kulturelle Gebäude in der historischen Innenstadt" Neustrukturierung/Generalsanierung des Kultur-, Bildungs- und Kreativzentrums Frankenhof im Quartier B

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der vorgeschlagenen Neustrukturierung/Generalsanierung des Kultur- Bildungs- und Kreativzentrums Frankenhof" sollen u. a. nachstehende Folgeeffekte erreicht werden:

1. Weiterentwicklung des Frankenhofs zu einem Zentrum für Kultur, kulturelle Bildung und Kreativität sowie einer kulturellen Begegnungsstätte zwischen den Generationen
2. Langfristige Sicherung und Optimierung der Leistungsfähigkeit der eingebundenen Fachämter und Organisationen sowie Weiterentwicklung der Angebote
3. Optimierung der Außenwirkung und Servicequalität der Institutionen u.a. durch ein gemeinsames „Dienstleistungszentrum Kultur & Bildung“ (DLZ) unter Berücksichtigung heutiger und zukünftiger Nutzeransprüche
4. Effektivere, gemeinsame Nutzung der räumlichen, technischen und personellen Ressourcen,
5. Senkung der Betrieb- und Personalkosten samt Optimierung des Personaleinsatzes und deutlich reduziertem Energieverbrauch.

Wesentliche Verbesserungen ergeben sich nach den Vorüberlegungen und aufgrund der zur Verfügung stehenden Nutzflächen auch für das Kultur- und Freizeitamt sowie die

Nutzer aus der Vereinsszene. Auf die Ausbaumöglichkeit eines weiteren Saals mit Vorzugsnutzung durch die Sing- und Musikschule sei hingewiesen.

Eine Übersicht über die derzeit im Frankenhof vorhandenen sowie von VHS, dfi sowie Sing- und Musikschule genutzten Flächen sowie eine Übersicht über die Verfügbarkeit von Flächen im umgebauten Frankenhof für diese Institutionen ergibt sich aus **Anlage 1**.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung sowie die dringend erforderliche bauliche Ertüchtigung des „Frankenhofs“ in zentraler Innenstadtlage mit hervorragender Verkehrsanbindung und dann erhöhter Anziehungskraft, besteht nach wie vor die Möglichkeit der Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Eine Vorbesprechung mit der Regierung von Mittelfranken hat stattgefunden und die prinzipielle Förderfähigkeit bestätigt.

Entsprechende Planungsschritte und Finanzierungsüberlegungen sind dringend, da schon heute bestimmte Bauteile (insbesondere im sog. „Wohnturm“ und im Gründungsbereich) nur eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr genutzt werden können. So heißt es im Jahresbericht 2009/10 des CEG, das Teile seines Musikunterrichts in den Turm ausgelagert hat: „Die Räume des Frankenhofs verfügen über keinerlei Dämmung und Schallisolierung, so dass ein ungestörtes Üben ... kaum möglich ist. ... In den Sommermonaten treffen fortlaufend Beschwerden von Lehrkräften und Schülern wegen unerträglicher Hitze ein.“ (S. 7 f) Eine Auflistung von GME über die in allen beteiligten Häusern ohne Sanierung des Frankenhofs unabdingbar notwendigen Maßnahmen mit einer Gesamtsumme von 1,7 Millionen Euro liegt als **Anlage 2** bei.

Auch die voraussichtlich weiter steigenden Energiepreise sowie ökologische Gesichtspunkte erfordern – unabhängig von baulichen und organisatorischen Gründen - dringend Maßnahmen zu ergreifen. Die damit verbundenen dauerhaften Einsparungen stellen zudem ein wesentliches Potenzial für die Amortisation der Investitionen dar.

Die Quintessenz des vorliegenden Planungsgutachtens, vier Standorte auf einen zu verdichten, ist im Vorschlag berücksichtigt und entlastet die Stadt als Immobilieneigentümer. Weiterhin bringt eine entsprechende Entscheidung zwei bis drei für Anleger interessante, denkmalgeschützte Objekte an den Markt, die in Privathand zügiger saniert werden können, als dies in städtischer Regie möglich ist. Diese Sanierung trägt zu Verbesserung des Stadtbilds im Umfeld der Friedrichstraße erheblich bei. Beispiele wie diverse Gebäude im Bereich Hugenottenplatz und Seitenstraßen und jüngst auch in direkter Nachbarschaft (Friedrichstr. 29) zeigen, dass Verkaufserlöse in Höhe von rund 2,5 Mio. € realistisch sind. An Bauunterhalts- bzw. Sanierungskosten sind mindestens 1,18 Mio. € einsparbar.

Die Einflussnahme des Stadtrates auf die künftige Nutzung der freiwerdenden Gebäude im Sinne der städtebaulichen Sanierungsziele ist von einer Veräußerung unberührt und kann sowohl öffentlich-rechtlich wie auch privat-rechtlich gesichert

werden. Der Handlungsspielraum der Stadt entspricht dabei den Varianten, die beim Gebäude Helmstraße diskutiert werden.

Für die künftige Nutzung schlägt Amt 41 alternativ vor, eine Beherbergung mit ca. 50 Betten weiterhin im Frankenhof vorzuhalten und die Flächenmehrung für die Unterbringung von Übernachtungskapazität und Volkshochschule durch Aufstockung oder Anbau zu realisieren. Der Flächenbedarf für 50 Betten im bisherigen Wohnturm beträgt 4 Stockwerke bzw. ca. 1.000 m². Bei 60%iger Auslastung erwirtschaftet der Übernachtungsbereich netto ca. 110.000 €. Dem stehen Mehrkosten für den Erweiterungsbau für die VHS in Höhe von 1.755.000 € gegenüber, was einem Schuldendienst von 105.300 € entspricht. Da wirtschaftlich genutzte Flächen nicht aus „Soziale Stadt“ förderfähig sind, ergibt sich ein rechnerischer Förderausfall in Höhe von ca. 1.270.000 €.

Das Projekt „Sanierung Frankenhof“ wird dazu beitragen, Investitions- und Förderquote im städtischen Haushalt auf hohem Niveau zu halten und die Wirtschaftlichkeit in den beteiligten Kulturbereichen zu verbessern. Die zugleich steigende Nutzerfreundlichkeit sollte auch Auswirkungen auf Nachfrage, Angebote und Erlöse zeitigen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die notwendigen Planungsschritte (baulich und organisatorisch) erfordern einen mindestens einjährigen Prozess. Erst nach Erstellung einer Vorplanung können die konkreten Bedingungen und Schritte bewertet und dem Stadtrat vorgelegt werden. Auch ein abschnittweises Vorgehen ist denkbar und in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.

Voraussetzung für die Förderung der Umbau- und Sanierungsarbeiten am Frankenhof durch das Programm „Soziale Stadt“ ist die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes bezüglich der künftigen Nutzungen und der erforderlichen baulichen Maßnahmen (Sanierungskonzept).

Es sind daher zunächst entsprechende Gutachten über die bestehende Bausubstanz anzufertigen, insbesondere

- bzgl. der Statik (Tragfähigkeit der Decken und Wände, Betonqualität, Bewehrungsquerschnitte)
- bzgl. der erforderlichen Betonsanierungsarbeiten (Ausmaß und Tiefe der Betoncarbonatisierung, Schädigungsgrad der Bewehrung)
- bzgl. des Brandschutzes (Feuerwiderstandsklassen der bestehenden Bauteile)
- eine Schadensanalyse unter Berücksichtigung der Haustechnik
- ein Nutzungskonzept (lassen sich die bestehenden Gebäudestrukturen mit den künftigen Nutzungen in Einklang bringen?)
- eine grobe Kostenermittlung.

Im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderprogramms „Die Soziale Stadt“ sind diese Voruntersuchungen als Teil eines Gesamtmodernisierungsgutachtens förderfähig.

Nach dem Vorliegen der genannten Gutachten (voraussichtlich Ende 2011) soll sich ein VOF-Verfahren zur Auswahl eines externen Architekturbüros und eines Tragwerksplaners anschließen (Herbst 2012). Mit den Planungsarbeiten könnte demnach ab Herbst 2012 begonnen werden.

Das Eggloffsteini`sche Palais (Friedrichstraße 17) verbleibt bei dem dieser Beschlussvorlage zugrunde liegenden Szenario in städtischem Besitz. Es wird weiter als Unterrichts- und Seminarort für die VHS genutzt. Das Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig; das GME schlägt vor, auch für dieses Sanierungsprojekt Planungsmittel für ein Modernisierungsgutachten für das HH-Jahr 2011 in Höhe von 250.- T € zu beantragen und die Maßnahme für das Förderprogramm „Soziale Stadt“ anzumelden. Die Ausführung der Sanierungsmaßnahme könnte abschnittsweise geschehen, beginnend mit der Fassaden- und Dachsanierung als erster Bauabschnitt. Die Förderung durch das Programm „Soziale Stadt“ setzt die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Nutzung und Sanierung voraus, dessen Umsetzung schrittweise erfolgen kann. Der zeitliche Rahmen der Umsetzung muss dabei umrissen werden. Bei einer nur teilweisen Umsetzung der Maßnahmen müssten bereits gewährte Zuschüsse ggfs. zurückgezahlt werden.

4. Ressourcen

Detaillierte Kosten sind erst im Rahmen des Planungsprozesses zu ermitteln.

Eine überschlägige Kostenschätzung auf der Basis der im Gutachten genannten Zahlen ermöglicht jedoch schon jetzt folgende Finanzierungsüberlegungen:

- Investitionsbedarf: 15 Mio. € (5.600 qm x 2.700 €/qm)
- Fördererwartung: 7 Mio. € aus Soziale Stadt (nominale Förderung bis 60 % der förderfähigen Flächen, angesichts der unterschiedlichen Nutzungen werden ca. 47% als förderfähiger Anteil angesetzt)
- Verkaufserlöse (Lyncker/Wildenstein) 2,5 Mio. €
- Finanzierungsbedarf somit 5.5 Mio. €
- Finanzierungsaufwand p.a. 330.000 € (4% Zinsen + 2% Tilgung)

Refinanzierung durch:

- Personalkosteneinsparungen durch DLZ Kultur: - 50.000 €
- Wegfall Defizit Gastronomiebereich (lt. Amt 20) - 196.000 €
- Verpachtung Gastronomiebereich: Pächterlös + 36.000 €)
- Einsparungen Energie und Bauunterhalt - 50.000 €
(Vergleichsbasis Sanierung Rathaus/Schuhstr.40: Energieeinsparung - 60%)
- Mieterlös Photovoltaikanlage außer Ansatz

Summe aus möglichen dauerhaften Einsparungen und Zusatzerlösen: 332.000 €

Damit ist eine komplette oder – bei Verschlechterung einiger Annahmen – weitgehende Refinanzierung der Investitionskosten aus dauerhaften Einsparungen möglich. Diese Ansätze sind durch Vergleichsprojekte und Vorbesprechungen realistische Annahmen, die erst in weiteren Planungsschritten konkretisiert werden können. Diese Planungsschritte sind jedoch zunächst vom Stadtrat zu beschließen.

Haushaltsmittel für die Vorfinanzierung in der Planungs- und Bauphase sind bisher nicht vorhanden!

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Frau StRin Kopper weist darauf hin, dass die Zustimmung der CSU-Fraktion unter der Bedingung erfolgt, dass die Finanzierung durch den Verkauf der Palais Wildenstein und Lyncker sichergestellt wird. Weiterhin wird darum gebeten, Alternativen für die Jugendherberge (z.B. Übernahme durch einen privaten Investor) zu suchen, Möglichkeiten für die Stellplätze zu finden und 2 Varianten (Sanierung und Neubau) auszuarbeiten.

Ergebnis/Beschluss:

Die aus baulicher, energetischer und nutzungsspezifischer Sicht dringend notwendige Erneuerung des Freizeitzentrums Frankenhof ist unter inhaltlicher Weiterentwicklung der Vorschläge des Entwicklungsgutachtens und der Realisierung möglicher Synergieeffekte sowie der Nutzung gegebener Fördermöglichkeiten baldmöglichst anzugehen.

Der Bereich des Hallenbades bleibt dabei außer Betracht. Im Rahmen der Gesamtplanung ist jedoch der „Nassbereich“ mit in die längerfristigen Überlegungen einzubeziehen, da in diesem Gebäudeteil die VHS- Unterrichts- und Veranstaltungsräume sowie eine Parketage im Kellergeschoss im Entwicklungsplan vorgeschlagen sind

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorplanung samt Organisations- und Finanzierungsüberlegungen weiter zu entwickeln.

Der einstimmige Stadtratsbeschluss zur Umsetzung des Entwicklungsplans „Öffentlich-kulturelle Gebäude in der historischen Innenstadt“ vom 26.3.2009 ist als Ausgangspunkt für die weiteren Planungen zu sehen.

Zur Finanzierung sind folgende Überlegungen der Planung zu Grunde zu legen:

- Verlagerung von VHS-Direktion samt Verwaltung, dfi sowie Sing- und Musikschule in den Komplex Frankenhof

- Verkauf der Palais Wildenstein und Lyncker (Friedrichstraße 19, 21, 35)
- Verpachtung und Neukonzeptionierung des Gastronomiebereichs
- Einstellung des Übernachtungsbetriebs in Jugendherberge und Gästehaus
- Bestmögliche Ausschöpfung der Zuschussmöglichkeiten insbes. aus dem Programm Soziale Stadt durch Reduzierung der nicht zuschussfähigen Flächen
- Organisationsveränderungen mit einem „Dienstleistungszentrum Kultur und Bildung“ unter Anrechnung der Personalkosten-Einsparungen
- Vermietung der Dachflächen zur Solarenergie-Erzeugung

Im Rahmen des Finanzierungsvorschlags soll auch ein Stiftungsmodell geprüft und dargestellt werden, in dessen Rahmen eine Vorfinanzierung der Investitionen, die Abwicklung der Zuschüsse und die künftige Hausverwaltung geregelt werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Voruntersuchungen an der Gebäudesubstanz des Frankenhofes, sowie für die Prüfung der grundsätzlichen Vereinbarkeit des Raumprogramms mit der bestehenden Gebäudestruktur die erforderlichen Gutachten in Auftrag zu geben.

Für diese Vorgutachten ist ein Betrag von 300.000,- € für den Haushalt 2011 nachzumelden.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 48 gegen 0

TOP 19

512/024/2010

Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierungsliste für das Jahr 2011

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren gemäß beschlossener Ausbaustufen (Stadtrat 30.04.2009) und Erhalt des bestehenden Kindergartens St. Peter und Paul, Boschstr., in Erlangen

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Neuschaffung von Krippenplätzen sowie Umsetzung der Generalsanierung des Kindergartens St. Peter und Paul, Boschstr.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

A. Priorisierungsliste 2010:

Für die Priorisierungsliste 2010 standen 6.699.817,- € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln und Restmitteln aus 2009 wird die Platzzahl von 703 auf 993 U3-Plätze erhöht werden.

U3-Plätze zum 31.09.2009	703
Inbetriebnahme zusätzlicher Krippenplätze im Jahr 2010	55
U3-Plätze aktuell (Stand Nov. 2010)	758
derzeit im Bau befindliche Krippenplätze	235
U3-Plätze nach Inbetriebnahme aller schon beschlossener Projekte	993

In der Priorisierungsliste 2010 waren 12 neue Krippengruppen und zwei Generalsanierungen vorgesehen. Bei den dabei enthaltenen Vorhaben St. Matthäus und Thomizil gibt es zeitliche Verzögerungen. Nach dem derzeitigen Planungsstand ist davon auszugehen, dass die 6.699.817,- € ausreichen (inkl. St. Matthäus und Thomizil).

Durch Inbetriebnahme der derzeit im Bau befindlichen Krippenplätze (235) erhöht sich die Betriebskostenbezuschung jährlich um ca. 1,5 Mio. €. Davon werden ca. 750.000,- € vom Freistaat refinanziert.

B. Priorisierungsliste 2011:

Am 12.11.2010 hat die Planungsgruppe der vorgestellten Priorisierungsliste 2011 und Anfragenliste zugestimmt.

Der Haushaltsentwurf 2011 und das Investitionsprogramm 2010-2014 sehen für die IP-Nr. 365D.880 - Zuschüsse Kindertageseinrichtungen (freie Träger) - vor, dass im Jahr 2011 Vorhaben freier Träger mit insgesamt **4.000.000,- €** bezuschusst werden können. Dabei wird davon ausgegangen, dass die in diesem Betrag enthaltene Verpflichtungsermächtigung 2012 in Höhe von 3.500.000,- € voll ausgeschöpft wird.

Für folgende Vorhaben sollen im Jahr 2011 Beschlüsse herbeigeführt und Förderbescheide erteilt werden:

Bezeichnung des Vorhabens	neue Krippenplätze	Beschreibung	Priorisierung	voraussichtlicher Zuschussbedarf
Ev. Kirchengemeinde St. Peter und Paul, Boschstr.	24	Neubau einer 2-gruppigen Krippe + Generalsanierung des bestehenden 3-gruppigen Kindergartens	sehr hoch	1.600.000,00
Kath. Kindergarten Heilige Familie, Saidelsteig in Tennenlohe	12	Ergänzung des bestehenden Kindergartens und Hortes	sehr hoch	400.000,00
Uniklinikum, Palmsanlage 2	36	Uniklinikum wird das städtische Grundstück mit der Auflage kaufen, dort 3 betriebsnahe Krippengruppen zu errichten.	sehr hoch	830.000,00
Ev. Kirchengemeinde St. Markus, Im Heuschlag 10	12*	Neuschaffung von 12 Krippenplätzen durch Umwandlung einer Kindergartengruppe	sehr hoch	400.000,00
Sozialzentrum Gewobau, Isarstraße 10	24	Einbau einer 2-gruppigen Krippe in das geplante Sozialzentrum	sehr hoch	800.000,00
Summen	108	(= 9 Krippengruppen)		4.030.000,00

* Der Kindergarten "Im Heuschlag" hat derzeit eine vorübergehende Betriebserlaubnis zur Aufnahme von 6 Kindern im Alter ab zwei Jahre, null Monate. Diese 6 Plätze sind bereits in der U3-Versorgungsquote berücksichtigt, sodass sich die Neuschaffung von 12 Neuschaffung nur mit 6 Plätzen auf die U3-Versorgungsquote auswirkt.

Nachrichtlich: Zusätzlich wird im Jahr 2011 mit dem Ersatzneubau des städtischen Kindergartens Wasserturmstr. 16 mit Erweiterung um eine Krippengruppe begonnen (Stadtratsbeschluss vom 28.10.2010).

U3-Plätze nach Inbetriebnahme aller schon beschlossener Projekte	993
Krippenplätze gemäß Priorisierungsliste 2011	102
U3-Plätze nach Umsetzung der Priorisierungsliste 2011	1.095

C. Anfragen und Vorhaben in Planung:

Folgende Anfragen, Vorhaben in Planung bzw. Standorte sind der Projektgruppe Krippenausbau 2013 derzeit bekannt und stehen zur Entscheidung an.

Es wäre wünschenswert, wenn für evtl. Voranfragen von Trägern bzgl. Ausbauplanungen eine Verpflichtungsermächtigung (VE) für 2013 i.H.v. 800.000,00 Euro bereit gestellt wird.

Bezeichnung des Vorhabens	Beschreibung
Montessori-Kindergarten, Dechsendorfer Platz 12	Anbau an den bestehenden Kindergarten schwierig – Umsetzung sehr komplex
Kindergarten Regenbogen, Büchenbacher Anlage 29	Ergänzung des bestehenden Kindergartens
Klinikum am Europakanal, Am Europakanal 71	Trägerschaft AWO, betriebsnahe Plätze
Grundstücke in Büchenbach	Klärungsbedarf
Johanneskirche, Schallershofer Str.	Krippe als Ergänzung des bestehenden Kindergartens
städt. Grundstück in der Killingerstraße	Gemeinbedarfsfläche
städtischer Kindergarten Flohkiste, Hans-Sachs-Str. 2	Erweiterung des Kindergartens; aus städtebaulicher Sicht sehr kritisch
Evangelischer Kindergarten "Perle", Erlöserkirche, Donaustr. 8a	Erweiterung des 4-gruppigen Kindergartens; Umsetzung aufgrund der Grundstücksgegebenheiten schwierig
Grundstück Michael-Vogel-Str.	Prüfung, ob Standort geeignet
Grundstück Hertleinstr.	Prüfung, ob Standort geeignet
Ev. Kirche Altstadt, Haagstr.	Erweiterung der Krippe (2. Gruppe)
Krakadu II, Henkestr. 35	Anfrage
FAG-Gelände	2 Krippen- und ggf. 1 Kindergartengruppe
städtischer Kindergarten, Sandbergstr. 6	Umwandlung einer Kindergarten- in eine Krippengruppe
Champini (evtl. Daimlerstr. 11)	Interesse an einer Trägerschaft in Erlangen
Kath. Kindergarten St. Marien, An der Lauseiche 3	Erweiterung der bestehenden Krippe

Grimmer, Fürther Str. 2	Klärungsbedarf
Grundstück Gärtnerei Menger	Klärungsbedarf
3. AWO-Grundstück im Rötherheimpark	Bauverpflichtung
Universität, Technische Fakultät, Erwin-Rommel-Str. 60	fakultätsinterne Bedarfsprüfung
Gemeindezentrum Frauenaurach, Gaisbühlstr. 4	Prüfung durch GME
städt. Grundstück Geisberg	Gemeinbedarfsfläche
Kinderhaus St. Kunigund, Holzschuherring 40 (Firma Rehau)	weitere Krippengruppe im Kinderhaus St. Kunigund
AWO „Sonnenschein“, Am Weichselgarten 3	Erweiterung der Krippe

D. Betriebskosten:

Durch die Neuschaffung von Krippenplätzen erhöhen sich die Betriebskostenzuschüsse. Pro Krippengruppe fallen für die Stadt Erlangen pro Jahr ca. 80.000,- € an, wobei die Hälfte (ca. 40.000,- € pro Krippengruppe) durch den Freistaat Bayern refinanziert wird.

Die Umsetzung der Priorisierungsliste 2011 zieht folglich zusätzliche Betriebskostenzuschüsse in Höhe von ca. 720.000,- € pro Jahr mit sich, wobei ca. 360.000,- € vom Freistaat Bayern an die Stadt Erlangen zurückfließen.

Diese laufenden Zuschüsse fallen ab dem Tag der Inbetriebnahme an. Mit der Kämmerei wurde vereinbart, dass die Mittel für die Betriebskostenzuschüsse je nach Zeitpunkt der Inbetriebnahme zur Verfügung gestellt werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:

2011	500.000,- € bei IPNr. 365D.880
VE 2012	3.500.000,- €

Folgekosten:

Betriebskostenzuschüsse für 9 neue Krippengruppen	ca. 720.000,- € bei Sachkonto 530101 pro Jahr
---	--

Korrespondierende Einnahmen durch staatl. Refinanzierung:

- gemäß Krippenförderrichtlinie für Investitionen	ca. 2.600.000,- € bei IP-Nr. 365D.610ES
- gemäß FAG für Investitionen	

- gemäß BayKiBiG für
Betriebskostenförderung

ca. 300.000,- € bei IP-Nr. 365D.610ES
ca. 360.000,- € bei Sachkonto 414101

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind im Haushaltsentwurf 2011 und Investitionsprogramm 2010-2014 vorhanden auf IP-Nr. 365D.880
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Herr StR Höppel und Frau StRin Aßmus bitten zu ergänzen, dass gemäß Festlegung im Jugendhilfeausschuss die Krippe im Klinikum am Europakanal als 1. Nachrückerin in die Priorisierungsliste aufgenommen werden soll.

Herr berufsm. StR Dr. Rossmeissl weist darauf hin, dass sich eine Planungsgruppe mit der Priorisierungsliste beschäftigt. Es liegen noch weitere Anträge wie z.B. der Fa. Rehau vor, die hierbei berücksichtigt werden müssen.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die geplanten Krippenausbauvorhaben und die Generalsanierung des bestehenden Kindergartens wie in der Vorlage aufgezeigt voranzutreiben.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 50 gegen 0

TOP 20

51/011/2010

Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses nachdem das Diakonische Werk Frau Sabine Hornung anstelle des bisherigen stimmberechtigten Mitglieds, Herrn Achim Falk, vorschlägt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Wahl von Frau Sabine Hornung als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Frau Hornung ist Leiterin der Bezirksstelle der Diakonie Erlangen, Bereichsleitung Soziale Dienste und Leiterin der Tagespflege „Maria Busch Haus“. Sie gehört nicht dem Stadtrat an.

Die nicht dem Stadtrat angehörenden stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden nach § 51 Abs. 3 Satz 1 und 4 GO gewählt. Abweichend von Art. 51 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 GO erfolgt die Wahl in offener Abstimmung (§ 4 Abs. 1 der Satzung für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Erlangen).

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss begutachtet, der Stadtrat beschließt:

als Vertreterin Diakonie im Jugendhilfeausschuss wird Frau Sabine Hornung als stimmberechtigtes Mitglied gewählt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 50 gegen 0

TOP 21

39/005/2010

Fraktionsantrag Erlanger Linke "Donnerstag ist Veggie-tag" (Nr. 106/2010) Antrag der Erlanger Linken vom 25.10.2010

Sachbericht:

Die Initiative für eine vegetarische Ernährung an einem Tag der Woche kann aus Umweltaspekten, Tierschutzgründen und aus Gründen des Gesundheitsschutzes grundsätzlich positiv bewertet werden. Jedoch besteht unseres Erachtens kein Handlungsbedarf der Verwaltung, da bereits in allen städtischen Versorgungseinrichtungen in der Regel mindestens ein vegetarisches Essen angeboten wird. Es besteht auch in anderen öffentlichen Versorgungseinrichtungen und privaten Restaurants ein vielfältiges Angebot vegetarischer Gerichte, auf die in Auslagen und Essensplänen explizit hingewiesen wird.

Ebenso wird es nicht für sachgerecht gehalten, den Versorgungseinrichtungen das jeweilige Speiseangebot vorzuschreiben. Für die Anbieter sind eine Optimierung der Auslastung, die Nachfrage der Kunden und die Wirtschaftlichkeit Ihres Betriebes elementarer Bestandteil ihrer Tätigkeit. Es liegt letztlich in der Verantwortungsbereitschaft eines jeden Einzelnen sich gesundheitsbewusst zu ernähren, was durch das vielfältige Speisenangebot auch ermöglicht wird.

II.

III. Auch sind die finanziellen Voraussetzungen für das Vorhaben in der Stadt Erlangen nicht gegeben. Die im Antrag genannte Bürgerstiftung der Stadt Bremen, unterstützt die „Veggie-Day-Initiative“ im erheblichen Umfang. Dagegen wird es in Zeiten von Haushaltskonsolidierung und Sparzwängen nicht als städtische Aufgabe erachtet, ein solches Projekt durchzuführen oder finanziell zu übernehmen. Dagegen wird auf interessierte Institutionen und Unternehmen verwiesen, die aufgrund ihrer eigenständigen Entscheidung beabsichtigen, eine solche Initiative zu unterstützen und gegebenenfalls auch umzusetzen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Erlanger Linke vom 25.10.2010 (Nr. 106/2010) wird nicht weiterverfolgt. Der Antrag ist abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 39 gegen 11

TOP 22

611/058/2010/1

Nachprüfungsantrag gemäß § 11 der Geschäftsordnung: Überprüfungsantrag Nr. 127/2010 der SPD-Fraktion zu TOP 19 UVPA 16.11.2010 "Städtebaulicher Entwurf BP Nr. T 244 a (3. Deckblatt) - Vogelherd Süd-West -, Seniorenwohnen"

Sachbericht:

Dieser Beschlussvorlage liegt die Stellungnahme des Ortsbeirates Tennenlohe vom 30.11.2010 (vgl. Anlage 3) und ein Schreiben der Firma Mauss-Bau vom 01.12.2010 (vgl. Anlage 4) bei.

In der Stadtratssitzung vom 25.11.2010 wurde darum gebeten, einen Überblick über Fraktionsanträge und Anträge des Ortsbeirates Tennenlohe zusammenzustellen.

Anträge bzw. Beschlüsse in chronologischer Reihenfolge:

1. UVPA am 09.02.2010 (TOP 19), Vorlage-Nr.: 611/002/2010.

Beratungsfolge zuvor: UVPA am 08.12.2009 (TOP 18), vertagt.

Wohnraum für Senioren im Ortsteil Tennenlohe, hier: im Bereich des 3. Deckblattes zum Bebauungsplan T 244 a – Vogelherd Süd-West –
SPD-Fraktionsantrag 263/2009 vom 27.10.2009 „Wohnraum für Senioren“

Inkl. Behandlung von

- Ortsbeirat Tennenlohe am 18.11.2009 (TOP 2)
- Stellungnahme des Ortsbeirates Tennenlohe vom 27.01.2010

Beschluss/Abstimmungsergebnis: 9:4

2. Stadtrat am 25.02.2010 (TOP 10), Vorlage-Nr.: 611/007/2010

Nachprüfung gem. § 11 der Geschäftsordnung:

Überprüfungsantrag Nr. 017/2010 der SPD-Fraktion zu TOP 19 UVPA 09.02.2010 „Wohnraum für Senioren in Tennenlohe“

Beschluss/Abstimmungsergebnis: Vertagt

3. Stadtrat am 25.03.2010 (TOP 17), Vorlage-Nr.: 611/007/2010/1

Nachprüfung gem. § 11 der Geschäftsordnung:

Überprüfungsantrag Nr. 017/2010 der SPD-Fraktion zu TOP 19 UVPA 09.02.2010 „Wohnraum für Senioren in Tennenlohe“ sowie Fraktionsantrag Nr. 028/2010 der SPD-Fraktion vom 09.03.2010

Beschluss/Abstimmungsergebnis: Vertagt

4. Stadtrat am 24.06.2010 (TOP 20), Vorlage-Nr.: 611/007/2010/2

Nachprüfung gem. § 11 der Geschäftsordnung:

Überprüfungsantrag Nr. 017/2010 der SPD-Fraktion zu TOP 19 UVPA 09.02.2010 „Wohnraum für Senioren in Tennenlohe“ sowie Fraktionsantrag Nr. 028/2010 der SPD-Fraktion vom 09.03.2010

Inkl. Behandlung von

- Antrag des Seniorenbeirates vom 17.05.2010 „Wohnraum für Senioren in Tennenlohe“ (vgl. Anlage 5)

Beschluss/Abstimmungsergebnis gem. Protokollvermerk:

- P1: Die SPD-Fraktion beantragt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ändern, dass der Halbsatz „sofern sich das vom Investor abgefragte Interesse konkretisieren sollte“ gestrichen wird.
Beschluss des Stadtrates: mit 45 gegen 0 Stimmen angenommen.
- P2: Die SPD-Fraktion beantragt, in den Beschluss aufzunehmen:
„Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor über die Errichtung von Mietwohnungen für Seniorinnen und Senioren zu verhandeln.“
Beschluss des Stadtrates: mit 40 gegen 5 Stimmen angenommen.
- P3: Die SPD-Fraktion beantragt, in den Beschluss aufzunehmen:
„Im weiteren Bebauungsplanverfahren ist der Antrag des Seniorenbeirates zu berücksichtigen.“
Beschluss des Stadtrates: mit 24 gegen 21 Stimmen angenommen.

Protokollvermerk:

1. Frau StRin Niclas beantragt, den Beschluss zurückzustellen und die Verwaltung zu beauftragen, den ursprünglichen Stadtratsbeschluss umzusetzen.
2. Frau StRin Dr. Preuß sagt zu, dass den Fraktionen die Stellungnahme der Sozialverwaltung, warum das Gebiet für eine intensiviertere Bebauung mit Seniorenwohnen nicht als geeignet angesehen wird, zugeleitet wird.
3. Herr StR Dr. Janik vertritt die Auffassung, dass der ursprüngliche Beschluss nicht erfüllt ist. Deshalb sollte dieser im Dialog mit dem Seniorenbeirat umgesetzt werden.
4. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis stellt fest, dass demnach heute keine Abstimmung erfolgen sollte, sondern die Verwaltung beauftragt werden sollte, dies mit dem Seniorenbeirat zu erörtern.
5. Frau StRin Grille stellt den Antrag, dass der Antrag des Seniorenbeirates von den im Antrag genannten Referaten behandelt werden soll.

Beschluss des Stadtrates:

Der Antrag von Frau StRin Grille wird einstimmig / mit 50 gegen 0 Stimmen angenommen.

Abstimmung:

vertagt

TOP 23

Anfragen

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Es werden folgende Fragen gestellt:

1. Frau StRin Niclas weist darauf hin, dass der 1. Sozialbericht bereits 1992 veröffentlicht wurde.
2. Frau StRin Niclas fragt an, wann damit zu rechnen ist, dass das Projekt „Interkultureller Garten“ wieder auf die Tagesordnung kommt.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis schlägt vor, dies in der nächsten Stadtratssitzung zu behandeln. Bis dahin haben die zuständigen Ämter Gelegenheit, ihre Stellungnahmen abzugeben.
3. Frau StRin Baumgärtel fragt an, welche Überlegungen dazu geführt haben, die Hauptschullernstube von der ERBA-Villa nun doch in die Eichendorffschule zu verlegen.
Herr BM Lohwasser teilt mit, dass derzeit geprüft wird, ob die Räumlichkeiten an der Eichendorffschule längerfristig für die Zwecke der Lernstube genutzt werden können. Die Unterzeichnung des Mietvertrages für die Räume in der Michael-Vogel-Straße wird bis dahin verschoben.
4. Frau StRin Pfister teilt mit, dass wiederholt aus Kindergärten berichtet wird, dass es Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Deutsch 240 gibt. Sie bittet um einen Bericht in der nächsten Sitzung des Schulausschusses.
Herr BM Lohwasser sagt dies zu.
5. Frau StRin Grille berichtet von Hinweisen von Nutzern des VGN, dass es in den Buswartehäuschen am Bahnhof schwierig ist, an die Fahrpläne zu gelangen, wenn die Wartehäuschen voll sind. Evtl. könnte ein besser zugänglicher Platz für die Fahrpläne gefunden werden.
6. Frau StRin Grille gibt den Hinweis eines Landwirtes aus Tennenlohe weiter, dass die Zufahrt zum Reiterhof wegen einer neu gebauten Insel für landwirtschaftliche Geräte schwierig ist.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt eine Überprüfung durch Referat VI zu.
7. Frau StRin Grille fragt an, wie die Pommernstraße durch Fahrdienste o.ä. besser angebunden werden könnte.
8. Frau StRin Hartwig fragt an, ob man nicht hätte früher schon die Kritik der Kinderbeauftragten hätte aufgreifen sollen, um zu versuchen, rechtzeitig eine Lösung zu finden und von Seiten der Verwaltung in die Ausschüsse einzubringen.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis teilt mit, dass bereits zu einem frühen Zeitpunkt Gespräche mit den beiden Kinderbeauftragten geführt wurden.

TOP 24

Ehrung der langjährigen Mitglieder des Stadtrates: Herr Robert Thaler für 15jährige Mitgliedschaft Frau Jutta Helm und Frau Gisela Niclas für 20jährige Mitgliedschaft

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Würdigung Stadträtin Jutta Helm:

Sehr geehrte Frau Kollegin Helm, sie gehören dem Erlanger Stadtrat seit 01. Mai 1990 an, zunächst als Mitglied der SPD-Fraktion, ab 01. Mai 2002 dann als fraktionsloses Mitglied, seit August 2005 als Mitglied der ödp-Fraktion und seit 2008 als Mitglied der Ausschussgemeinschaft ödp/FWG. Sie wirkten während dieser Zeit in verschiedenen Ausschüssen mit, u. a. im Ältestenrat, im Kultur- und Freizeitausschuss sowie im Sozial- und Gesundheitsausschuss und insbesondere im Seniorenbeirat, den Sie von 1996 bis 2009 als Vorsitzende leiteten.

Durch diese Mitarbeit in den verschiedensten Ausschüssen sieht man, dass Sie ein weites Spektrum der Kommunalpolitik abdecken. Daneben sind Sie auch in weiteren ehrenamtlichen Funktionen tätig, die mindestens ebenso vielseitig sind. Ihr ehrenamtliches Engagement wird z.B. durch die langjährige Mitgliedschaft in der Landessenorenvertretung deutlich, außerdem sind sie in verschiedenen Gremien der AWO vertreten, hier ist vor allem ihre Tätigkeit als Kreisvorsitzende zu nennen. Erst kürzlich konnten Sie im AWO Kindergarten den Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maiziere begrüßen. Daneben sind Sie im Vorstand des Büchenbacher Sportclubs aktiv, im Deutschen Sozialwerk, bei den Brucker Gaßhenkern und dem VDK. Diese Liste ihrer Aktivitäten ist mit Sicherheit nicht vollständig.

Für ihr 20jähriges ehrenamtliches Wirken im Erlanger Stadtrat danke ich ihnen im Namen der Bürgerschaft und des Stadtratskollegiums sehr herzlich und darf ihnen den Zinnbecher unserer Stadt übergeben.

(Übergabe Zinnbecher und Blumenstrauß)

Würdigung Stadträtin Gisela Niclas:

Liebe Frau Kollegin Niclas, sie sind ebenfalls seit 01. Mai 1990 im Erlanger Stadtrat vertreten. Sie waren von 1990 bis 1996 als zweite Bürgermeisterin und von 1991 bis 1996 als Leiterin und Referentin des Sozialreferates tätig, seit 1996 bis 2008 leiteten sie die SPD-Stadtratsfraktion. Sie sind bzw. waren in vielen Ausschüssen, z.B. im Ältestenrat, im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss, im Jugendhilfeausschuss, im Sozial- und Gesundheitsausschuss und im Sportausschuss vertreten.

Neben der Tätigkeit im Erlanger Stadtrat sind in vielfältiger Weise für die Erlanger Bürgerschaft ehrenamtlich aktiv, u. a. seit 2008 als Mitglied im mittelfränkischen Bezirkstag und seit längeren Jahren als Kreisvorsitzende des ASB und als Vorsitzende des Vereins NaturFreunde Erlangen e.V., hier begleiten Sie zur Zeit die Baumaßnahmen für das neue Vereinsgebäude.

Schwerpunkt ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ist für Sie als ausgebildete Sozialarbeiterin der weite Bereich „Sozialpolitik“. Innerhalb dieses Politikfeldes sind Sie aber auf den unterschiedlichsten Gebieten aktiv, so liegen Ihnen der Seniorenbereich sowie die Unterstützung und Integration von sozial Benachteiligten sehr am Herzen.

Ich bedanke mich für ihr vielfältiges ehrenamtliches Wirken im Namen der Bürgerschaft und des Stadtratskollegiums sehr herzlich und überreiche ihnen in Anerkennung ihres 20jährigen Wirkens im Erlanger Stadtrat den Ehrenbecher der Stadt Erlangen.

(Übergabe Zinnbecher und Blumenstrauß)

Würdigung Stadtrat Robert Thaler:

Und nun darf ich mich, last but not least an Sie, sehr geehrter Herr Kollege Thaler wenden. Sie sind seit 1.1.1995 Mitglied des Erlanger Stadtrates. Sie wirken und wirkten als Mitglied im UVPA, im BWA, im Sportausschuss und seit Mai 2004 sind Sie Vorsitzender in unserem Rechnungsprüfungsausschuss.

Neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im kommunalpolitischen Bereich sind Sie auch im sportlichen Bereich seit vielen Jahren aktiv. Sie sind seit April 1981, also seit fast 30 Jahren Vorsitzender des Sportverbandes Erlangen, daneben waren Sie lange Jahre auch Vorsitzender des Tanz-Turnier-Clubs Erlangen. Auch den Kreisverband der SPD führten Sie von 2003 bis 2009.

Wegen Ihres besonnenen, auf Ausgleich bedachten Wesen und ihrem sachkundigen Wirken sind Sie im gesamten ehrenamtlichen Bereich, sowohl im sportlichen wie im politischen, hoch geschätzt.

Für ihr langjähriges Engagement heute nochmals den herzlichen Dank im Namen der Bürgerschaft und des Stadtratskollegiums. Ich darf Ihnen nun den Ehrenbecher für ihr 15jähriges Engagement überreichen.

(Übergabe Zinnbecher und Blumenstrauß)

TOP 25

**Schlusswort für den Gesamtstadtrat durch Frau Stadträtin Lender-Cassens,
Fraktionsvorsitzende Grüne Liste**

Siehe Anlage

Sitzungsende

am 09.12.2010, 21:35 Uhr

Der Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der Schriftführer:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: